

REDEBEITRAG

ALINE TREDE

**Medienkonferenz zur Legislaturbilanz der GRÜNEN
27. Mai 2019, Bern**



Neue Mehrheiten sind nötig – für die Gleichstellung von Frauen, Männern und LGBTQ*

Im sozialen Bereich konnten wir GRÜNE auch in dieser Legislatur kleine Verbesserungen durchbringen – trotz starkem Gegenwind von der rechtsbürgerlichen Mehrheit. Ganz nach dem Motto «steter Tropfen höhlt den Stein». Und das ist bitter nötig. Denn wir sind in der Schweiz noch immer weit von der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern entfernt – weiter als zahlreiche andere Länder. Noch immer gibt's bei uns weniger Lohn für Frauen für die gleiche Arbeit, weniger Frauen in politischen Ämtern, Chefetagen, Verwaltungsräten.

Die Revision des Gleichstellungsgesetzes, die Lohnanalysen für Unternehmen ab 100 Mitarbeiter*innen fordert, war das grosse gleichstellungspolitische Thema dieser Legislatur – brachte aber nur kleine Veränderungen. Doch auch wenn sie verwässert ist, diese Revision, muss sie trotzdem als Erfolg betrachtet werden. Immerhin müssen grosse Unternehmen nun Lohnanalysen machen und aufzeigen, wie sie Lohndiskriminierung verhindern.

Die konsequente Umsetzung des Verfassungsauftrags der Gleichstellung scheitert im Parlament zu oft an bürgerlichen Männermehrheiten. Deshalb ruhen wir uns nicht auf dem Etappensieg des Gleichstellungsgesetzes aus und werden im Frauenjahr 2019 mit vielen Frauen für die Nationalratswahlen antreten.

Für die Gleichstellung der Geschlechter braucht es aber nicht nur die Lohngleichheit, sondern auch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In dieser Legislatur haben wir auch die Initiative für einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub parlamentarisch beraten. Wir GRÜNE stellen uns zwar klar hinter die Initiative, sind aber der Überzeugung, dass vier Wochen Vaterschaftsurlaub viel zu wenig sind und dass es eine flexible Elternzeit braucht. Unsere Forderung nach 18 Monaten Elternzeit nach dem Vorbild der skandinavischen Länder war bisher nicht mehrheitsfähig. Die GRÜNEN werden in der nächsten Legislatur ihre Überzeugungsarbeit weiterführen. Es braucht aber auch einen stärkeren Diskriminierungsschutz für Mütter und Väter in der Arbeitswelt. Zudem muss die Care-Arbeit bei Unterhalts- und Vorsorgeregungen stärker berücksichtigt werden. Weiter werden sich die GRÜNEN für die Individualbesteuerung stark machen. Der Schwung des Frauentreiks 2019 muss für Gleichstellungsschub in der Bundespolitik genutzt werden.

Nicht nur die Gleichstellung von Frauen und Männern war in dieser Legislatur ein zentrales und emotionales Thema, sondern auch die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren.

Vor mehr als 20 Jahren bereits forderte die grüne Nationalrätin Ruth Genner in einer parlamentarischen Initiative die Öffnung der zivilen Ehe für alle, um der Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren einen Riegel vorzuschieben. Heute setzen wir GRÜNE uns glücklicherweise nicht mehr alleine für dieses Anliegen ein: Die Rechtskommission hat diesen März ein Vernehmlassungsverfahren eröffnet, um die Forderung nach einer Öffnung der Ehe gesetzlich umzusetzen. Zurücklehnen können wir uns aber noch nicht: Jetzt gilt es sicherzustellen, dass die Öffnung der Ehe vollständig umgesetzt wird und die mit der Ehe verbundenen Rechte allen gewährt werden. Eine der zwei in die Vernehmlassung geschickten Varianten sieht dies so vor. Sie ist dank dem von den LGBTIQ*-Verbänden unterstützten Engagement von uns GRÜNEN in der Rechtskommission zustande gekommen und beinhaltet insbesondere den Zugang zur medizinisch unterstützten Fortpflanzung für Frauenpaare. Das Adoptionsrecht für alle Paare ist in beiden Varianten unbestritten.

Für uns GRÜNE ist seit jeher klar, dass die Gleichstellung von Menschen jeder sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität für eine freie, friedliche und fortschrittliche Gesellschaft grundlegend ist. Darum bleiben wir auch hier dran: Wir lassen nicht locker, bis die Gleichstellung von Frauen und Männern, Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transmenschen, intergeschlechtlichen und queeren Menschen erreicht ist. Eines ist klar: Damit wir das Tempo in diese Richtung erhöhen können, braucht es im Herbst neue Mehrheiten und mehr GRÜNE im Parlament. Nur so können wir die bürgerliche Blockade endlich überwinden und die Schweiz in gesellschaftlichen Fragen wirklich voranbringen.

Aline Trede, Vize-Fraktionspräsidentin, Nationalrätin BE